

wirken zu können. Außerdem wurden die Bestimmungsgründe effizienter Kommunikation thematisiert und herausgestellt. Dabei spielten die Lebensstile und die Leitbilder im sozialen Umfeld eine wichtige Rolle, auf die es einzugehen gilt, wenn man eine effiziente Kommunikation erreichen will. Auch für Wohnungsbauunternehmen, die sich um soziale und kulturelle Aspekte der Nachhaltigkeit bemühen, ist die Kommunikation ein wichtiger Bereich, ihre Anliegen effektiv umzusetzen, wie am Beispiel des Wohnungsbauunternehmens Gundlach dargestellt wurde. Als Beispiel für die Einbindung unterschiedlicher Personengruppen in die Wohngestaltung wurde die Stadtentwicklung und die Rolle der Jugend thematisiert. Dabei wurden etliche Defizite in der Berücksichtigung der Jugendbelange herausgearbeitet. Es wurde aber auch festgestellt, dass die Elemente, die für eine fachliche Fundierung der Planungen der Kommunen und der Länder notwendig sind, schon vorhanden sind; dass diese allerdings zusammengetragen, abgestimmt und kommuniziert werden müssten.

Die Inhalte der Arbeitsgruppen wurden in einem Tagungsband zusammengefasst, der für 39,00 DM / 19,94 EU zzgl. Versandkosten erhältlich ist über: Öko-Institut e.V., Postfach 6226, D-79038 Freiburg, Tel.: + 49 (0) 761 / 45295-0, Fax: + 49 (0) 761 / 475437, Internet: www.oeko.de.

»

Ethische Aspekte der Endlagerung

Köln, 4. April 2001

Tagungsbericht von Peter Hocke, ITAS

Wenn Philosophen und praktisch orientierte Wissenschaftler miteinander sprechen, so gibt es für den Beobachter dieses Gedankenaustausches meist eine spezifische Irritation. Sie gründet in der Mischung aus gegenseitigem Respekt und Schwierigkeiten bei der gemeinsamen Kommunikation, die gleichzeitig offensichtlich werden. So war es auch Anfang April dieses Jahres, als auf Einladung der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit

(GRS) Experten für Ethik mit Experten für atomare Endlagerung in Köln zusammenkamen, um die moralisch-ethische Dimension einer atomaren Endlagersuche für die Bundesrepublik zu reflektieren. Was verhandelt werden sollte, fasste *Dr. Walter Leder*, Geschäftsführer der GRS, so zusammen: Es gehe darum, welche ethische Grundlage, aber auch welche ethische Rechtfertigung für die Endlagerung von Nuklearabfällen gefunden werden kann.

Auf die Fragen, die bei technikorientierten Problemen an die Ethik als philosophische Disziplin gestellt werden, ging *Dr. Gerd Achenbach* (Bergisch Gladbach) in seinem Eröffnungsreferat ein. In der Vergangenheit wäre – so Achenbachs Ausgangsthese – der Umgang mit der Natur der einer „nutzenorientierten Beherrschung“ gewesen. Gab es dabei Probleme, so wurden technikorientierte Problemlösungen gesucht, die bestenfalls von rechtlichen und politischen Problemlösungen begleitet wurden, nicht jedoch von ethischen Erwägungen. Dies habe sich geändert. Immer häufiger komme es zur „Anlagerung“ ethischer Erwägungen an Fachdiskurse. Folgenreiche Handlungen sollten – so die neue Erwartung – nur noch dann stattfinden, wenn sie ethisch abgewogen wurden. Die spezifische Nachfrage, die durch dieses Postulat entstehe, suche nach einer jeweils spezifischen Antwort auf die Frage: „Darf ich, was ich möchte?“ Ob die Ethik dies jedoch leisten könne, beurteilte Achenbach bis zu einem gewissen Grad skeptisch.

Homogener moralischer Gehalt?

Die Hoffnung, die mit der gestiegenen Nachfrage nach ethischer Beratung entstanden sei, beziehe sich bei der atomaren Endlagerung auf den „Ausnahmestand“, der durch die Folgelasten der Atomenergie-Nutzung entstanden sei und in dem den Regelungen, die den inneren Frieden von Gesellschaften traditionell sicherten, nicht mehr vertraut werden könne, meinte Achenbach. Allgemein gesprochen bedeute dies: Die sog. Bedenkenträger wären so einflussreich geworden, dass es zu „Entscheidungs- und Durchführungsblockaden“ komme, in denen bei Ethik-Experten nachgefragt werde. Denn diese Bedenken würden als im weiteren Sinn „moralische Bedenken“ qualifiziert. Allerdings unterstelle diese Problem-

wahrnehmung, dass die Einwände in ihrem moralischen Gehalt homogen wären – ein Sachverhalt, den Achenbach bezweifelte.

Die Konfrontation, die durch die Auseinandersetzung zwischen Entscheidungs- und Bedenkenträgern aufgebaut werde, führe laut Achenbach zu einer sehr riskanten Konstellation, in der Macht gegen Moral stehe. Riskant sei diese Situation deswegen, weil zu erwarten sei, dass die Medien die moralischen Einschätzungen der Mitglieder von Ethikrunden auf ihre Differenzen hin beleuchten, diese Differenzen besonders hervorheben und so das Urteil der Ethiker „pluralisieren“ würden. Dies wiederum führe jedoch genauso wenig zu einer Auflösung der Entscheidungs- und Durchführungsblockaden wie die Erörterung der Frage, ob die Technik der Atomenergie, die das Problem der atomaren Endlagerung verursachte, unter ethischen Gesichtspunkten hätte eingeführt werden dürfen. Über Fragestellungen dieser Art werde vielmehr ein „ex-post-Problem“ formuliert, das bei der Endlagerung danach frage, ob es einen „richtigen Umgang“ mit dem „Falschen“ geben könne. Damit werde der Topos „tragischer Konstellationen“ aktiviert, der den Begriff der „Schuld“ erneuere und die Vorstellung einer „Tragik“ bediene, die sich befremdender Weise von der Frage löst, ob die Technik (hier die der Endlagerung) zu verantworten oder nicht zu verantworten sei. Die spezifischen Probleme, mit denen das Gespräch über Ethik und Moral bei der atomaren Endlagerung sich auseinanderzusetzen zu habe, liege in Folge wiederum häufig bei der Abwägung von Adjektiven. Ein Beispiel dafür wäre das Adjektiv „langzeitig“. Was bedeute „langzeitiger“ Schutz von Mensch und Umwelt vor den Gefahren, die von nuklearen Abfällen ausgehen können? Die Gewissheit darüber, was ein Adjektiv bedeutet, verschwinde bei ethischen Interpretationen und Reflexionen jedoch zunehmend.

Ethik schafft nur Plausibilität

Ethische Argumente seien niemals zwingend, bestenfalls schafften sie Plausibilität für eine Moral, nach der gehandelt werden könne. Mit dieser Eröffnungsthese startete *Prof. em. Robert Spaemann* (Stuttgart) seinen Vortrag mit dem Titel „Ethische Aspekte der Endlagerung“.

Bei seiner Bestimmung, was Ethik als philosophische Disziplin sei, machte Spaemann klar, dass die Ethik für sich in Anspruch nehme, keinen Standpunkt unter vielen, sondern einen Meta-Standpunkt zu generieren, der sachlich sei und sich an der „Totalität des Lebens“ orientiere. Ethik sei unmittelbar an die Person (z. B. des Arztes), nicht jedoch an Disziplinen (wie die Medizin) geknüpft. Das Ethische müsse also Teil des Lebens sein. In philosophischen Kategorien gefasst bedeute dies, der Einzelne müsse „Ethos“ haben, um moralische Probleme behandeln zu können. In Abgrenzung von aktuellen Konzepten des Wertewandels und der Diskursethik bestand Spaemann darauf, dass die Debatte um atomare Endlagerung genau die Grenzen von Diskursethiken und Wertewandel-Konzepten deutlich mache. Sittliche Werte seien immer Werte relativ auf Personen und Personen seien „Selbstzwecke“, die keinen Anspruch auf Wertschätzung, sondern auf „Achtung“ hätten. Durch diesen Problemaufriss, in dessen Mittelpunkt die Kategorie der „Person“ stand, bestimmte Spaemann seine Position zu den ethischen Aspekten der Endlagerung.

Wir als Entscheidungsgemeinschaft müssten – so Spaemann weiter – „gerecht“ sein und bestimmen, was wir wollen. Kein außer-moralisches Interesse komme uns dabei zur Hilfe. In seiner Kritik an dem australischen Philosophen Singer und dem mit ihm verknüpften Universal-Utilitarismus betonte er, dass bei anstehenden Entscheidungen uns für langfristige Optimierungsstrategien alle Voraussetzungen fehlten. Allerdings zeichne sich auch eine klare Aufgabe ab: Wir müssten nicht das Leben jedes Einzelnen in wie weit auch immer entfernter Zukunft retten, sondern die „nahen Generationen“ verdienen angesichts unserer Entscheidungsprobleme besondere Aufmerksamkeit. In diesem Kontext müssten wir „Gerechtigkeit“ umsetzen und die „Handlungsfolgen“ abwägen. Die Entscheidung, Atomenergie zu produzieren, ohne die Endlagerung geklärt zu haben, sei unverantwortlich gewesen. Aber die menschliche Geschichte sei auch wiederum kein Drama, das von höheren Mächten inszeniert werde. Menschliche Geschichte sei vielmehr kontingent, wie auch die Entdeckung der Atomenergie kontingent gewesen sei. Er verwehrte sich dagegen, dass das

aktuelle Entscheidungsdilemma bei der atomaren Endlagerung als tragisch betrachtet werde. Tragik könne es in Bezug auf Situationen geben, nicht jedoch in Bezug auf die eigenen Handlungen. Die Suche nach der bestmöglichen Lösung für ein Problem wäre also immer möglich.

Die Chance offener Gespräche

„Was geht uns die Zukunft an?“ Unter diesen Titel stellte *Prof. Volker Gerhardt* (Humboldt-Universität Berlin) seine Ausführungen zu den ethischen Aspekten der Endlagerung. Mit *Platon* verwies er auf die Vorstellung, der Mensch ruhe auf Bedingungen, die er selbst nicht geschaffen habe. Gleichzeitig könne der Mensch die Zukunft auch selbst nicht zum Besseren wenden. Auf die Frage, ob die uns „Nachgeborenen“ unserer Generation mit ihren Entscheidungen für die eine oder andere Form der atomaren Endlagerung begründet Leichtsinn vorwerfen könnten, antwortete Gerhardt mit einem doppelten Argument. Sollte sich die Entscheidung als problematisch herausstellen, so wäre dies verzeihlich, wenn das dafür notwendige Wissen noch nicht zur Verfügung gestanden hätte. Unverzeihlich wäre sie jedoch, wenn keine Reflexion der Grenzen unseres Wissens stattgefunden hätte. Handeln könne also auch unter den Bedingungen des Nicht-Wissens stattfinden, es müsse jedoch „Handeln aus eigenem Antrieb“ und mit eigenen Gründen sein. Als Bedingungen für dieses Handeln nannte er erstens, dass es nach bestem Wissen und Gewissen zu erfolgen habe. In diesem Kontext wäre auch sachliche Kompetenz insofern zu beweisen, als alles sachlich Gebotene getan werden müsse. Zweitens müsse dieses Handeln den eigenen Ansprüchen und der eigenen Einsicht folgen und der „freie Bürger“ habe mit Ernst, Entschiedenheit und Härte zu agieren. Drittens müsse der Sinn, der dem eigenen Tun vermittelt werde, auch berücksichtigen, dass jede Person mit dem Blick auf das Ende nicht wisse, was sie tut. Zusammenfassend meinte Gerhardt, alle Betroffenen müssten sich an der Debatte beteiligen. Die Debatte solle nicht nur in einer „diffusen Öffentlichkeit“ stattfinden, sondern sie müsse sehr konkrete Formen annehmen, da allein über offene Gespräche und Debatten Lösungen entwickelt werden könnten.

Gleichzeitig dürfe die offene Diskussion nicht ohne „Selbstprüfung“ stattfinden. Angesichts des anstehenden Problems der Endlagerung, das sich durch seine Nicht-Revidierbarkeit auszeichne, müsse bedacht werden, dass keine Generation in ihren Entscheidungen völlig frei sei. Freiheit und Notwendigkeit seien schließlich komplementäre Kategorien. Die heutige Generation habe dabei die Aufgabe, eine möglichst geringe Zahl an Problemen den folgenden Generationen zu hinterlassen.

Nicht in der klassischen Philosophie wie Gerhardt, sondern die nicht ausreichend geklärte Frage des globalen Energieverbrauchs wählte *Prof. Carl Friedrich Gethmann* (Europäische Akademie Bad Neuenahr-Ahrweiler und Universität Essen) zum Ausgangspunkt seines Vortrages. Denn bevor die ethischen Aspekte der Endlagerung ausreichend geklärt werden könnten, müsste eine allgemeinere Debatte über Energie und den globalen Energiemangel insbesondere geführt werden. Schließlich wachse die Weltbevölkerung enorm und auch die Anspruchsentwicklung vor allem der Dritten Welt wäre ebenfalls nicht zu unterschätzen. Eine Umkehrung dieser Dynamik – so Gethmanns These – wäre nicht möglich. Entsprechend stehe die Frage im Raum, wie Wachstum unter Bedingungen langfristiger Stabilität organisiert werden könne. Gleichzeitig würde in der gesellschaftlichen Diskussion eine Reihe von Anforderungen formuliert, die die Energieproduktion zu erfüllen habe. Sie solle sozialverträglich stattfinden, umweltverträglich und klimaschonend sein sowie perspektivisch lange Zeiträume im Blick haben und Verteilungskriterien genügen. Im Hinblick auf all diese Kriterien bestehe eindeutig ein Entscheidungsdilemma. Keine der Optionen zur Energieproduktion sei so gut, dass eine Entscheidung für sie heute gefällt werden könnte.

Auch Verdachtsmomente verpflichten

Bei nuklearen Abfällen sprach sich Gethmann dafür aus, ebenso wie bei der Option Atomenergie keine Disqualifikation im Nachhinein vorzunehmen. Natürlich hätte die heutige Generation eine moralische Verpflichtung dafür zu übernehmen. Davor schütze auch „Nichtwissen“ nicht. Bereits der kleinste Verdacht sei

aussagekräftig für eine moralische Verpflichtung. Aber, ob die Lagerung aus ethischen Erwägungen auf deutschem Territorium durchgeführt werden müsse, ließ Gethmann offen. Auch das Verkaufen von Deponiekapazitäten wäre nicht von sich aus verwerflich, meinte er vor dem Hintergrund entsprechender Erwägungen innerhalb der russischen Nuklearpolitik. Ebenso bezog er auch zu der Frage Stellung, ob Atomabfälle, die in tiefen Schichten endgelagert seien, rückholbar sein müssten. „Nicht-rückholbar“ bedeute nur, dass die Abfälle unter erschwerten Bedingungen rückholbar wären. Zukünftige Generationen könnten ja Interesse an den atomaren Abfällen besitzen. Sicherung wäre bei Rückholbarkeit wie bei Nichtrückholbarkeit notwendig. Weiterhin wäre es auch nicht apriori unmoralisch, anderen Generationen Lasten aufzubürden. Schließlich erwog Gethmann alternative Entsorgungsoptionen und dachte dabei u.a. an den Weltraum. Schließlich würde eine „Entsorgung in die Sonne“ den Müll aus der Biosphäre herausnehmen. Mit diesen konkreten Erwägungen unterschied sich Gethman von seinen Vorrednern.

Während Gethmanns Aussagen also einerseits nah an den Problemen waren, die von den Experten für Atomabfälle kontrovers diskutiert werden, bezog er andererseits einen pragmatischen Standpunkt, der keine prinzipiellen ethischen Einwände und Zweifel an der bisherigen Energieproduktion aufkommen ließ. Gerhardt wog im Gegensatz dazu die Verantwortung für den einzelnen Handelnden ab, der nach bestem Wissen und Gewissen mit den vorhandenen Abfällen umgehen müsse. Spaemann wiederum verdeutlichte mit seiner Position, dass die Totalität des menschlichen Lebens der entscheidende Referenzpunkt sei und von ihr aus unsere Generation bestimmen müsse, wie sie mit den nahen zukünftigen Generationen moralisch umgehe. Setzt man diese Kernpunkte mit dem Problemaufriss in Beziehung, den Achenbach in seinem Eröffnungsreferat gab und der die Spitzfindigkeiten der Interpretation von Adjektiven besonders hervorhob, so wird deutlich, dass plurale Gesellschaften bei Expertenrunden plurale Fachmeinungen in den Raum stellen, die per se jedoch noch nicht einfach miteinander verknüpfbar sind. Vielmehr bewirkten die vorgetragenen Positionen sehr unterschiedliche Diskussionsbeiträge, die Hoffnungen und Be-

denken ebenso widerspiegelten wie generelle Skepsis. Eine Systematisierung und kritische Reflexion der vorgetragenen, sich zum Teil widersprechenden Argumente, die technisches und ethisches Wissen schließlich zusammenbinden könnten, steht jedoch noch aus.

«

Stand und Zukunft des digitalen Hörfunks und des digitalen Fernsehens in Deutschland

Darmstadt, 26. Januar und 2. Februar 2001

Tagungsbericht von Ulrich Riehm und Bernd Wingert, ITAS

Seit Jahren fördert die Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung (Internetadresse: <http://www.alcatel.de/stiftung/>) unter ihrem rührigen Geschäftsführer Dieter Klumpp die interdisziplinäre Forschung auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien, u. a. mit einer Stiftungsprofessur an der TU Darmstadt (daneben mit Stiftungskollegs an der Universität Stuttgart und der TU Dresden). Für das Jahr 2000 war *Hans J. Kleinsteuber*, Politologe und Medienwissenschaftler aus Hamburg, Inhaber dieses i. d. R. auf ein Jahr vergebenen Stipendiums. Mit zwei Tagesveranstaltungen zur Digitalisierung des Hörfunks und des Fernsehens in Deutschland beschloss Kleinsteuber seine Tätigkeit in Darmstadt. Mitorganisator war das Zentrum für Interdisziplinäre Technikforschung (<http://www.zit.tu-darmstadt/>), in dessen Rahmen die Stiftungsprofessur angesiedelt ist.

Tagungsteil digitaler Hörfunk

Mit dem technischen Fortschritt ist es so eine Sache. Manchmal kommt er gar nicht vom Fleck. Diesen Eindruck hat man jedenfalls beim digitalen Hörfunk. Bereits 1989 wurde in Deutschland das erste digitale Radiosystem eingeführt, das Digitale Satelliten Radio (DSR). Es konnte sich nie wirklich durchsetzen und wurde nach gerade zehn Jahren – einige bis dahin verkaufte und im Einsatz befindliche